

NEWSLETTER

AUSGABE 09/2019





LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

nach wie vor weht uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein rauer Wind ins Gesicht. Das „Klimapaketchen“ der Bundesregierung, wie auch die Ankündigung des Ministerpräsidenten, erneut 2021 anzutreten, haben uns erneut nach unten katapultiert. Die letzte Umfrage mit 8 % ist bitter und spiegelt nicht unseren Einsatz und unsere Arbeit wieder. In der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger läuft die Polarisierung CDU vs. Grüne, Eisenmann vs. Kretschmann, konservativ vs. konservativ.

Die Wahrscheinlichkeit, dass der nächste Ministerpräsident wieder Kretschmann heißt, ist hoch. **Was bedeutet das für uns?** Für mich ist klar: die Flucht nach vorne ist der einzige Weg. Grüne und CDU sind keine gute Regierung, Stillstand in fast allen politischen Themenfeldern, ansonsten Streit und ständige Kompromisse. Auch unsere Wählerinnen und Wähler haben 2016 grün gewählt, nicht wegen der grünen Programmatik, sondern wegen Kretschmann und weil viele dachten, es gäbe eine Fortführung von Grün-Rot. Jetzt gilt es, unserer Wählerschaft klar zu sagen, dass ihre Stimme, und sie haben nur eine und keine zwei wie bei einer Listenwahl, entscheidet, wer am Ende mit den Grünen regiert. Deshalb muss die Stimme an die SPD geben. Eine rechnerische Mehrheit für Grün-Rot ist realistisch. Dafür müssen wir werben.

Ich lasse mich nicht entmutigen. Politik ist nicht gerecht - wer das erwartet ist fehl am Platz. Mein Terminkalender ist randvoll, ich bin im Wahlkreis und im ganzen Land ständig unterwegs. Mein Credo aber ist, dass nette Bilder neben einer Weinprinzessesin oder bei einem Fassanstich zwar nett sind, ich aber auch inhaltlich viel arbeite und damit gut in der Landespresse vertreten bin. Ich kann hier viel vorweisen, deutlich mehr als der politische Mitbewerber. Hier werden wir gemeinsam deutlich machen müssen, dass es auch um Inhalte und um Parlamentsarbeit geht und nicht nur um die Sprache schöner Bilder. Mein Newsletter soll auch dabei helfen, meine Arbeit für euch transparent zu machen, damit auch ihr wisst, was bei mir auf der politischen Agenda steht. Auch mit diesem Newsletter gibt es wieder eine kleine Übersicht, viel Spaß beim Lesen.

Eure

SPRECHERKONFERENZ GLEICHSTELLUNGSPOLITIK



Für zwei Tage trafen sich die SprecherInnen für Frauen, Senioren und Gleichstellung aller SPD Fraktionen (Bund, Länder und Europa) in Stuttgart. Als gastgebende Fraktion hatte ich die Konferenzleitung und habe mich vor allem über die Teilnahme von Staatssekretärin Juliane Seifert aus dem Bundesfamilienministerium gefreut.

Sie gab einen Gesamtbericht über den Beratungsstand zwischen Bund, Ländern und Kommunen zum Thema Gewalt gegen Frau. Dabei geht es um bessere Beratungsstrukturen, Frauenhausfinanzierung und auch regionale Mindestzahlen und Rechtsansprüche. Leider gehört unser Landkreis Emmendingen zu den wenigen Landkreisen, welcher kein eigenes Frauenhaus unterhält. Die Zahl der Frauen, die Schutz suchen, wird immer höher und die bestehenden Frauenhäuser müssen zunehmend auch von Gewalt betroffene Frauen abweisen. Auch ich setze mich seit Jahren dafür ein, dass der Bund hier stärker eingreift und wir bundeweit einheitliche Standards bekommen.

Ein weiteres Thema war die Schwangerschaftskonfliktberatung. Die Länder haben hier einen Sicherstellungsauftrag. Bei uns in Baden-Württemberg, insbesondere im Bereich des RP Freiburg, wird es immer schwieriger, Ärztinnen und Ärzte zu finden, welchen den Abbruch nach der Schwangerschaftskonfliktberatung durchführen. Zum einen begründet durch Ärztemangel und zum anderen fühlen sich Ärztinnen und Mitarbeitende wie auch Frauen als Patientinnen von den sogenannten Lebensschützern bedroht, wie z.B. in Pforzheim. Diese demonstrieren vor Praxen und Beratungsstellen und werfen Frauen z.B. mit blutigen Gummiembryos. Hier setze ich mich für eine Regelung ein, wonach die Demonstration in gebührendem Abstand zur Praxis zu erfolgen haben und mehr öffentlichen Zugangsinformationen. Alle TeilnehmerInnen der Konferenz waren sich einig, dass die bisherige Regelung zum §219a StGB nicht mehr haltbar ist.

Hier findet ihr meine parlamentarischen Initiativen zu Schwangerschaftsabbrüchen in Baden-Württemberg und zum Schutz von Personen mit häuslichen Gewalterfahrungen.

SPRECHERKONFERENZ

INTEGRATIONSPOLITIK



Direkt nach der SprecherInnenkonferenz in Stuttgart reiste ich weiter nach Saarbrücken zur SprecherInnenKonferenz für Migration und Integration. Hier ging es u.a. um die Lebenssituation von EU-AusländerInnen aus Ost-Europa in Deutschland, Interkulturelle Kompetenz in den öffentlichen Verwaltungen und ein kommunales Wahlrecht für AusländerInnen.

Besonders beschäftigte uns das Thema Aufenthaltstitel. Hier ist der Bund gefragt, endlich mehr Klarheit für ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländer, die sich bereits nachhaltig im Arbeitsmarkt integriert haben, zu schaffen. Das Land Baden-Württemberg hat die Möglichkeit einer sogenannten Ermessenduldung, welche aber äußerst strikt ausgelegt wird. Nicht umsonst gibt es Netzwerke von Unternehmen in Baden-Württemberg welche sich politisch für eine Änderung einsetzen. Mehr dazu (Stichwort Spurwechsel) findet ihr in meinem für die Fraktion erarbeiteten Integrationspapier.

Fazit unserer Konferenz: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für Zusammenhalt und Teilhabe ein und benennen oft Probleme und suchen Lösungen die für alle gut sind.

KLIMA- & ENERGIEWENDE STILLSTAND IM LÄNDLE?



Die Gemeinden nehmen Geld in die Hand, um Standorte für Windkraftanlagen auszuloten, Bürgerinnen und Bürger sind motiviert einzusteigen. Trotzdem geht es bei uns im Landkreis mit der Energiewende nicht wirklich voran.

Dies wird umso greifbarer, betrachtet man die Antwort der Landesregierung auf meine kleine Anfrage. Nur zwei Windkraftanlagen wurden seit dem Jahr 2011 im Kreis neu zugelassen, obwohl auch das Ministerium die Voraussetzungen für Windkraft in den Schwarzwaldhöhen und auch teilweise in der Rheinebene als günstig bewertet.

Einige der geplanten Windräder scheitern in der Detailplanung, beispielsweise an Anwohner*innen oder am Auerhuhn. Vielversprechende Standorte fallen aber auch von vorne herein heraus. Denn die Grünen haben ihrem Koalitionspartner zu Liebe höhere Mindestabstände abgeknickt. Auch verzichtet die Landesregierung auf eine allzu genaue Ergebniskontrolle bei der Energiewende: So werden Zahlen zum Austausch von Heizungen in Wohn- und Geschäftsgebäuden nicht eingefordert oder Nah- und Fernwärmenetze nicht statistisch erfasst. Ob so die Energiewende gelingen kann? Auf jeden Fall lässt es sich ohne Ergebniskontrolle deutlich einfacher grün sein.

Äußerst ungewöhnlich war das Vorgehen der Badischen Zeitung: Der Redaktion lag unsere Pressemitteilung vor, wie auch mein [Antrag zu dem Thema](#). Beides wurde wohl Alexander Schoch von den Grünen vorab zugesandt mit der Bitte um Stellungnahme.

Dadurch wurde meine Pressemitteilung nicht nur verkürzt dargestellt, sondern auch einige interessante Fakten zum Stand der Energiewende im Landkreis Emmendingen nicht veröffentlicht. Es ist sicher legitim, dass aufgrund meines Berichtes der grüne Abgeordnete Stellung dazu beziehen kann. Dass dies aber vorab bereits geschieht, war auch mir neu. Bildet euch dazu eure eigene Meinung.

JESIDINEN SCHÜTZEN GRÜN-SCHWARZ VERSAGT



2015 haben wir gemeinsam mit den Grünen in der Landesregierung beschlossen, 1000 jesidische Frauen und ihre Kinder aus dem Nordirak nach Deutschland zu holen. Jesidinnen wurden im Nordirak verfolgt und haben schwerste Gewalt erlitten.

Klar war, dass sich um diese schwerst traumatisierten Menschen Spezialkräfte kümmern müssen und sie in separaten, geschützten Unterkünften untergebracht werden sollten. Mit meinem Antrag [„In welcher Form unterstützt die Landesregierung zukünftig die besonders schutzbedürftigen Frauen und Mädchen aus dem Nordirak und die Kommunen, in denen sie besonders betreut werden?“](#) habe ich mich nun offiziell bei der Landesregierung nach der Fortführung des Programms erkundet. Und leider kommt es so, wie vermutet: In Zukunft sollen sich nicht mehr speziell geschulte Menschen, sondern die normalen IntegrationsmanagerInnen um diese besonders schutzbedürftige Zielgruppe kümmern. IntegrationsmanagerInnen sind besonders für die berufliche Integration von MigrantInnen zuständig. Dass diese sich nun auch, quasi nebenher, um die schwerst traumatisierten Frauen und Kinder kümmern sollen, finde ich absolut unzureichend. Mit dieser Kritik stehe ich nicht alleine da, auch der Landkreistag und der Städtetag stimmen meiner Einschätzung zu. Und selbst Kretschmanns Parteifreund, der Grüne OB in Stuttgart, Fritz Kuhn, hat sich in einem Brief an den Ministerpräsidenten gewandt. Die Städte und Gemeinden, die eine spezielle Betreuung der Jesidinnen als unerlässlich einschätzen, werden nun von der Landesregierung im Stich gelassen. Und als wäre das noch nicht genug, ist auch die Finanzierung der IntegrationsmanagerInnen bisher nicht über das Jahr 2019 hinaus geregelt. Eine ausführliche Berichterstattung zum Thema könnt ihr im Artikel [„Heftige Kritik mit der Gleichsetzung von Jesidinnen mit anderen MigrantInnen“](#), der am 18. September in der Badischen Zeitung erschienen ist, nachlesen.

BESUCH IN FORCHHEIM

NEUES GEMEINDEZENTRUM



Im Vorfeld der offiziellen Einweihung des neuen Gemeindezentrums in Forchheim, besuchte ich den Bürgermeister der Kaiserstuhlgemeinde Forchheim, Johann Gerber.

Neben einem Austausch über aktuelle Entwicklungen in Forchheim, erhielt ich eine Führung durch den Neubau und das sanierte Pfarrhaus, welches zukünftig die Gemeindeverwaltung beherbergen soll. Die Neukonzeption der Forchheimer Stadtmitte umfasst den Neubau eines

Gemeindezentrums mit Multifunktionsräumen, die Umwidmung und die Sanierung des ehemaligen Pfarrhauses sowie den Abriß des alten Rathauses. Ich habe das Projekt von Anfang an begleitet.

Dass Forchheim im Landessanierungsprogramm prominent berücksichtigt und mit fast 1,2 Millionen Euro gefördert wurde, ist auch meinem Beharren in den vergangenen Jahren zu verdanken. 2013 holte ich den SPD-Staatssekretär im Finanzministerium, Peter Hofelich, nach Forchheim, um ihn auf die Dringlichkeit des Projektes hinzuweisen. Mehrmals wurde ich zudem bei unserem damaligen Finanzminister Nils Schmid vorstellig, um ihn ebenfalls für das Projekt zu gewinnen. Wenn jetzt auch noch das Landratsamt den Abriß des alten Rathauses genehmigt, erhält Forchheim eine moderne, ansprechende und schöne Ortsmitte! Das neue Gemeindezentrum ist ein Gewinn für Vereine, Organisationen und die ansässige Kirche. Das neue Rathaus ist zudem Anlaufstelle für alle Belange der Bürgerinnen und Bürger. Ich freue mich sehr, dass ich meinen Teil dazu beitragen konnte, dies zu ermöglichen.
